

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 16.

Charlottenburg, Freitag, den 21. April 1922.

49. Jahrg.

## Johann Schneider †



Jeder hat der Sensenmann Tod eine Lücke in unsere Reihen gerissen: Am Sonntag, den 9. April, verschied unser Kollege Johann Schneider, Redakteur der „Ameise“. Für diejenigen, die ihn persönlich kannten, bedeutet diese Nachricht keine Ueberraschung. Schon seit Jahren wurde Kollege Schneider von einem chronischen Lungenleiden geplagt, das ihn wiederholt für Wochen auf das Krankenlager zwang. Auch ein Aufenthalt in Salzuflen im Jahre 1919 konnte nur eine vorübergehende Milderung bringen. Vor vier Wochen warf ihn dieses Leiden zum letzten Mal auf das Krankenlager.

Kollege Schneider wurde am 7. Mai 1865 in Trautlieborsdorf in Schlesien geboren. Er lernte in Altwasser als Porzellandreher. 1891 schloß er sich einem der Vorläufer unseres Verbandes, dem „Reiseunterstützungsverband deutscher Porzellandreher, Dortmund Berlin (Dresdener Verband)“, an. Er nahm sofort lebhaften Anteil an der Bestrebung, die damals bestehenden Porzellanarbeiterorganisationen, „Dresdener Verband“, „Magdeburger Verband“, „Verband deutscher Porzellanmaler (Sitz Altwasser)“ und „Gewerkverein der Porzellan- und Glasarbeiter“ (Hirsch-Duncker), zu einer einheitlichen Organisation zu vereinigen. 1892 und 1893 kam es dann auch zur Verschmelzung dieser Organisationen und damit zur Gründung unseres Verbandes. Schneider hat überall, wo er Gelegenheit hatte, seinen Beruf auszuüben, und das sind recht viele Orte gewesen, für die Erweiterung und den Ausbau der Organisation gewirkt. Recht viele Unternehmer versuchten deshalb, den ihnen unbequemen Rufer zur Solidarität der Klassen-

und Berufsgenossen schnellstens wieder los zu werden, und so wurde Schneider gezwungen, nacheinander in recht vielen Betrieben sein Brot zu suchen.

1899 finden wir ihn in Eisenberg. Die Eisenberger delegierten ihn zu der in diesem Jahre in Rudolstadt tagenden 3. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes. Diese Generalversammlung wählte ihn zum Verbandschriftführer, an welcher Stelle er bis 1919 wirkte. Als der Weltkrieg den damaligen Redakteur der „Ameise“, Genossen Eberhardt, aus der Arbeit und auch dem Leben riß, erledigte Kollege Schneider die Geschäfte der Redaktion der „Ameise“ mit.

Die Generalversammlung 1919 (Marktredwitz) besetzte dann schon mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand den Schriftführerposten anderweitig und wählte Schneider zum Redakteur. Es blieb ihm infolge seiner Tätigkeit auch nicht erspart, mit dem Gefängnis Bekanntschaft zu machen.

Schon durch sein Wirken vor seiner Anstellung wurde er ein guter Bekannter recht vieler Berufskollegen. Welcher von den älteren Dreherkollegen kannte nicht Johann Schneider? Seine Tätigkeit als Verbandsfunktionär brachte ihn dann auch noch mit mehr Berufsangehörigen in Fühlung. In seiner Eigenschaft als Redakteur beteiligte er sich auch in der Regel an den Tarifverhandlungen, wo ihn die mitwirkenden Kollegen als guten Mitkämpfer, vor allem wegen seines Wissens in Berufsfragen, schätzen lernten.

Wir betrauern mit seiner hinterlassenen Witwe und seinen Kindern sein Hinscheiden.

**Ehre seinem Andenken!**

## An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter!

Seit dem 14. Februar stehen unsere dänischen Arbeitsbrüder einer Absperrung gegenüber. Schon seit Jahren haben die dänischen Arbeitgeber-Organisationen mit solchen Absperrungsplänen gedroht, die indes bisher durch die Kraft der Gewerkschaften vereitelt werden konnten. Jetzt ist es dem dortigen Unternehmertum gelungen, seine Absicht angesichts des herrschenden Valutadrucks und der auf den Gewerkschaften lastenden Arbeitslosigkeit zu verwirklichen. Ihr Kampf richtet sich

gegen das Achtstunden-Abkommen

vom Mai 1919, das zum 20. März d. J. gekündigt wurde. Gekündigt sind ferner

alle Tarifverträge für etwa 110 000 Mitglieder,

von denen bis zum 1. Februar solche für 80 000, bis zum 1. März für 10 000 ablaufen und bis zum 1. April für weitere 20 000 Mitglieder ablaufen werden. Ende Februar waren bereits 40 000 Mitglieder ausgesperrt, heute ist ihre Zahl auf 80 000 angewachsen.

Die dänischen Gewerkschaften können in dem ihnen aufgeworfenen Kampfe die Hilfe der Arbeiter anderer Länder nicht entbehren und der Internationale Gewerkschaftsbund hat auch schon Schritte zu ihrer Unterstützung eingeleitet.

An die deutschen Arbeiter ergeht heute der Ruf, auch das ihrige zu dieser Unterstützung beizutragen. Die deutsche Arbeiterschaft hat so oft in guten und bösen Tagen die treue Bruderhilfe der dänischen Gewerkschaften erfahren. Tausende deutscher Arbeiterkinder haben dank der tätigen Hilfsaktion der dänischen Gewerkschaften dort in den letzten Jahren liebevolle Aufnahme und Pflege gefunden. Unsere Arbeiterschaft wird nicht zögern, Gutes mit Gutem zu vergelten, eingedenk dessen, daß der Kampf

für die Erhaltung des Achtstundentages

auch in ihrem Interesse durchgekämpft werden muß.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert deshalb zur Unterstützung der dänischen Arbeitsbrüder auf. Er ist davon überzeugt, daß jeder Arbeiter gern bereit ist, 5 Mk., jede Arbeiterin ebenso 3 Mk. für die Ausgesperrten zu opfern. Die eingehenden Beträge sind sofort an die zuständige Berufsorganisation und durch diese an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO. 16, Engelkeufer 24, abzuführen.

Für den Kampf um den Achtstundentag darf kein Opfer zu hoch sein!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.  
Th. Leipart.

## 16. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zu Beginn der am 28. und 29. März abgehaltenen Tagung gedachte der Bundesvorsitzende Genosse Leipart zunächst mit ehrenden Worten der seit der letzten Tagung verstorbenen Verbandsvorsitzenden Adam Drunzel (Töpfer), Robert Zeiske (Gastwirtschaftsgehilfen) und Fritz Siefert (Gutarbeiter), sowie der früheren Verbandsvorsitzenden und Teilnehmer an den Vorstandskonferenzen Friedrich Bischoff (Kupfer Schmiede) und Johann Siebert (Schuhmacher).

Der Geschäfts- und Kassenbericht lag in Form einer 56 Seiten starken Druckschrift vor und wurde vom Genossen Leipart noch mündlich ergänzt. Redner wies u. a. auf die bevorstehende Konferenz von Genua hin und empfahl, sich keine großen Hoffnungen über deren Erfolg zu machen. Trotz der steigenden Teuerung versuchten die Unternehmer in verschiedenen Ländern, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Wir kämen allmählich in eine Periode der Abwehrkämpfe. Die Gewerkschaften müßten ihr finanzielles Rüstzeug rechtzeitig stärken. Nicht alle Verbände hätten in bezug auf die Erhöhung der Beiträge die Zeit richtig ausgenutzt. Auch die Agitation dürfe nicht erlahmen; einem Mitgliederverlust müßten die Gewerkschaften entgegenwirken.

Der Bericht zum demzufolge wesentlichen Beanstandungen keinen Anlaß. Als nächster entzand sich eine lebhafte Aussprache, hauptsächlich über verschiedene bevorstehende Aufgaben des ADGB. Die Aussprache drehte sich vornehmlich um Bildungsfragen, Reiseer, Schließungsordnung, Reparationsfrage, Achtstundentag. Zu Schluß wurde folgende Entschliebung angenommen:

Die Bestrebungen, den gesetzlichen Achtstundentag zu befestigen und die Arbeitszeit der Arbeiter, Angestellter und Beamten wieder zu verlängern, erklärt der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß die Gewerkschaften jedem darauf gerichteten Versuch den entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen werden. Der Achtstundentag ist eine durch Vereinbarung mit den Unternehmerorganisationen erzielte und durch die Gesetzgebung so-

wie durch die Internationale Arbeitskonferenz in Washington anerkannte Errungenschaft, die sich die deutsche Arbeiterklasse nicht wieder nehmen lassen wird.

Die Gewerkschaftsvorstände sind der Ueberzeugung, daß der Achtstundentag in allen Wirtschaftszweigen durchführbar ist und daß bei der geziellich zugelassenen Arbeitszeit keineswegs alle Produktionsmöglichkeiten überall voll ausgenutzt sind, wie es das deutsche Wirtschaftsleben erwarten ließe. Insbesondere ist die technische Vervollkommnung der Betriebe und Arbeitsmethoden, begünstigt durch die Valutakonjunktur, vielfach derartig zurückgeblieben, daß selbst die rückständigen Unternehmungen noch mit Gewinn betrieben werden. Hier würde die Arbeitszeitverlängerung geradezu als Brämie für den technischen Stillstand wirken.

Die deutschen Gewerkschaften wollen keine schablonenhafte Regelung der Arbeitszeit, die die wirklichen Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens ignoriert. Sie sind aber davon überzeugt, daß der Weg tariflicher Vereinbarung genügt, um die Arbeitszeit im Rahmen der bisher geziellich zugelassenen Ausnahmen jedem bringenden Bedarf anzupassen und sind bereit, durch tarifliche Regelung die Durchführung des Achtstundentages zu erleichtern. Die Voraussetzung dafür ist aber die gesetzliche Anerkennung des Achtstundentages, weshalb die Gewerkschaften jeden Angriff auf diese Position zurückweisen müssen.

Dem Bundeskassierer, Genossen Kube, wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt.

Die Massenaussperrung in Dänemark veranlaßte den Ausschuss ebenfalls zur Stellungnahme. Einmütig war er der Auffassung, daß den dänischen Arbeitern jede mögliche Hilfe geleistet werden müsse. Das hätten sie allein schon durch ihre stete, auch durch die Tat bewiesene treue gewerkschaftliche Bundesgenossenschaft verdient. Auch Geldhilfe soll den dänischen Kämpfern gewährt werden, obgleich dies durch die Entwertung der deutschen Mark sehr erschwert wird. Der Ausschuss beschloß, daß die Gewerkschaften zu diesem Zweck für jedes männliche Mitglied 5 Mk. und für jedes weibliche 3 Mk. an die Bundeskasse abzuführen haben und daß der Betrag den dänischen Gewerkschaften zu übermitteln sei.

Für den bevorstehenden Gewerkschaftskongress hatte der Bundesvorstand Anträge zur Aenderung der Bundessatzungen ausgearbeitet, die er dem Ausschuss unterbreitete. Einen Teil der Anträge hieß der Ausschuss gut, während ein anderer Teil zurückgestellt wurde.

Auch beschäftigte sich der Ausschuss mit den vielfachen Wünschen nach einem einheitlichen Mitgliedsbuch. Es soll ein Muster ausgearbeitet werden, dessen Einführung sich für solche Verbände empfiehlt, die das Bedürfnis nach einem einheitlichen Mitgliedsbuch beunruhigen. Die Einführung von Mitgliedskarten für neu eintretende Mitglieder wird sich leichter durchführen lassen. Vielleicht läßt sich auch schon eine einheitliche Beitragsmarke einführen. Ebenfalls soll eine Musterfassung ausgearbeitet werden, um eine allmähliche Vereinigung der Gewerkschaften anzubahnen.

Da der Ausschuss bei einer früheren Tagung gewünscht hatte, daß das Haus des Bundesvorstandes im Innern Berlins errichtet werde, hatte der Bundesvorstand in der Zwischenzeit sich darum bemüht. Es war jedoch nicht möglich, ein gleich beziehbares Haus zu kaufen. Infolgedessen war er gezwungen, einen Bauplatz an günstiger gelegener Stelle zu erwerben, um dort ein Haus zu bauen. Der Ausschuss stimmte diesen Maßnahmen gegen eine Stimme zu.

Mißstände, die sich bei früheren Streiks gezeigt hatten, an denen mehrere Gewerkschaften beteiligt waren, hatten zu Beschwerden einiger Verbände geführt. Der Ausschuss hatte schon früher eine Kommission gewählt, die Regeln für die Führung und Unterstützung von Streiks ausarbeiten sollte, die dem Gewerkschaftskongress zu unterbreiten und sodann den Verbandstagen der einzelnen Gewerkschaften zur Annahme zu empfehlen seien. Entsprechend der Bedeutung der Sache entspann sich eine sehr lebhafte Aussprache, die in mehreren Punkten Klärung brachte. Da in anderen Punkten Meinungsverschiedenheiten zutage traten und die Sache gründliche Bearbeitung erheischte, wurde sie zurückgestellt. Die Gewerkschaftsvorstände sollen bis zum 15. April ihre Aenderungsanträge einreichen; sodann soll die Kommission die Vorlage überarbeiten und der Ausschuss am 2. Mai nochmals dazu Stellung nehmen, damit die Vorlage noch früh genug vor Sitzungen des Gewerkschaftskongresses veröffentlicht werden kann.

Da der verstorbene Vorsitzende des Töpferverbandes, Genosse Drunzel, Mitglied des Ausschusses für das Wohnungswesen war, wurde der Vorstand dieses Verbandes beauftragt, dessen Nachfolger in diesen Ausschuss zu entsenden.

## Gegen den Lebensmittelwucher.

Die Vorstände des ADGB, des Afabundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsrings haben gemeinsam die nachstehenden dringlichen Anträge an die zuständigen Reichs- und Staatsministerien gerichtet:

1. Das Umlageverfahren für Kartoffeln ist wieder einzuführen.

2. Das Umlageverfahren für Brotgetreide ist beizubehalten und auszudehnen in dem Sinne, daß größere Mengen erfasst werden als im Wirtschaftsjahr 1921/22.

3. Der Reichsgetreidestelle ist eine Abteilung für die Kartoffelbewirtschaftung anzugliedern. Ferner sind die Vertreter der Gewerkschaften und Verbraucherverbände mehr als bisher zur Mitarbeit und Mitbestimmung bei der Reichsgetreide- bzw. Reichskartoffelstelle heranzuziehen. Nach der jetzt vorliegenden Erfahrung scheint man dieselben lediglich als dekoratives Beiwerk zu betrachten.

4. Die Gerüchte, daß trotz des bestehenden Verbots Getreide noch immer im spekulativen Terminhandel, d. h. in sogenannten Lustgeschäften, gehandelt wird, wollen nicht verstummen. Es wird deshalb an die zuständigen Behörden das dringende Ersuchen gerichtet, diesen Gerüchten nachzugehen und, falls sie sich als unbegründet erweisen, für Beruhigung zu sorgen, andernfalls aber mit scharfer Hand einzugreifen.

5. Durch Verordnung oder Gesetz ist zu bestimmen, daß alle Kleinhandelsgeschäfte ohne Ausnahme verpflichtet sind, an allen zum Verkauf gestellten Waren die Preise deutlich sicht- und lesbar anzubringen. Die Polizeiorgane sind anzuweisen, auf die Durchführung dieser Verordnung streng zu achten und zugleich auf diese Weise eine Kontrolle der Preisgestaltung auszuüben.

6. Von den zuständigen Reichs- und Landesbehörden sind Maßnahmen zu treffen, die ein organisches Zusammenarbeiten der bestehenden Preisprüfungsstellen ermöglichen; insbesondere sollen dieselben in die Lage versetzt werden, die Vorgänge auf dem Gebiet der Preisgestaltung im ganzen Reiche dauernd beobachten und vergleichen zu können. Des ferneren sind die Preisprüfungsstellen anzuweisen, mehr als bisher Vertretungen der Gewerkschaften und Verbraucherverbände zur Mitarbeit heranzuziehen. Das System der Preisprüfungsstellen ist weiter auszubauen.

Im Falle der Ablehnung der Anträge 1 bis 3 stellen die bezeichneten Organisationsvorstände die nachstehenden Eventualanträge:

1. Die Konzessionspflicht für den Ankauf von Kartoffeln ist auf alle Aufkäufer ohne Ausnahme, also auch auf diejenigen, die in dem Bezirk, wo sie wohnen, Kartoffeln aufkaufen, auszudehnen, und zwar mit sofortiger Wirkung.

2. Bei der Konzessionserteilung ist auch die Bedürfnisfrage, und zwar in allererster Linie, zu berücksichtigen.

3. Der Verkauf an nicht konzessionierte Aufkäufer ist genau so unter Strafe zu stellen, wie der Aufkauf durch solche.

Wünschenswert wäre es, wenn die Konzessionierung auch von dem Nachweis abhängig gemacht würde, daß der die Konzession Nachsuchende im Jahre 1921 tatsächlich Kartoffeln verteilt, also nicht bloß gekauft hat.

Zu vorstehenden Eventualanträgen ist zu bemerken, daß dieselben schon einmal von den Spitzenorganisationen eingereicht, vom Reichs Ernährungsministerium jedoch abgelehnt worden sind mit der Begründung, daß darüber schon im November v. J. gesprochen worden sei! Man kann wirklich nicht sagen, daß das eine überzeugende Begründung ist. Das hat der Vorstand des NGB auch in seinem neuen Antragschreiben zum Ausdruck gebracht.

## Sie können das Flunkern nicht lassen.

Wir meinen die Berichterstatter bzw. die Redaktion der „Keramarbeiterzeitung“, Zeitschrift des christlichen Keramarbeiterverbandes. Die Flunkerei muß naturgemäß auf Kosten der Wahrheit gehen, doch was geniert denn das einen christlichen Berichterstatter? Die Hauptsache für ihn ist, sich selbst bei seinen Mitglidern eine gute Note zu geben, und dabei ist man bezüglich der Mittel nicht wählerisch. Da die tatsächlichen eigenen Leistungen dazu nicht ausreichen, um den Mitgliedern gegenüber Eindruck zu machen — und das glaubt man allem Anschein nach sehr nötig zu haben — wird eben die Wahrheit etwas umgebogen. Reicht das nicht aus, so braucht ein Berichterstatter der christlichen „Keramarbeiterzeitung“ noch lange nicht in Verlegenheit zu kommen, man kennt da ja noch andere Mittelchen. So ein paar Drecksprücherchen auf den Porzellanarbeiterverband können ja auch bei Leuten, die die Tatsachen nicht kennen und noch der naiven Auffassung sind, daß sich die Berichterstatter der „Keramarbeiterzeitung“ streng und gewissenhaft an die Wahrheit halten, die gewünschte Wirkung hervorzurufen. Wie man das macht, dafür nur einige Beispiele aus den letzten Nummern der „Keramarbeiterzeitung“:

In Nr. 2 vom 23. März 1922 berichtet man unter der Rubrik „Tarifabschlüsse in der Keramikwarenindustrie“ folgendes: „In Rhein- und Westfalen hat sich die Gesamtarbeiterschaft der dortigen Keramiker ihrem Berufsverband angeschlossen. Dementsprechend ist es auch möglich geworden, kollektive Lohnvereinbarungen mit den vor-

tigen Firmen zu treffen.“ Daß dort auch Mitglieder unseres Verbandes mit in Frage kommen, und diese mit der von unserer Verbandsleitung eingeholten Genehmigung bereit waren, die Lohnaufbesserung bzw. die Anerkennung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses durch Streit zu erzwingen, brauchen ja die Leser der „Keramarbeiterzeitung“ nicht zu wissen. Tatsache ist, daß einige Arbeiter, die seit Kriegsende schon mehrfach Beitrittserklärungen ausgefertigt haben, nun auch einmal zur Abwechslung, weil sie bei uns den Extra- und erhöhten Beiträgen ausweichen wollten, den Weg zum Keramarbeiterverband fanden. Das heißt bei den christlichen Berichterstattern: Die Gesamtarbeiterschaft der Rheinbacher Kunsttöpferei hat sich dem christlichen Verbands angeschlossen.

Die Nr. 7 der „Keramarbeiterzeitung“ bringt einen Bericht über eine Aussprache im Reichsarbeitsministerium, betreffend Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrages für die feinkeramische Industrie. In dieser Aussprache wurde u. a. auch ein Antrag der Steingutfabrik Witteburg in Farge, den Betrieb von der Allgemeinverbindlichkeit auszunehmen, behandelt, und um durch diesen Antrag bzw. die eingehende Nachprüfung der Gründe und Gegengründe die Allgemeinverbindlichkeitserklärung nicht noch länger zu verzögern, wurde der Ausweg gefunden, daß vorläufig dieser Betrieb von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen und erst nach einer nochmaligen Konferenz unter Beisein eines Firmenvertreters endgültig darüber vom Reichsarbeitsministerium beschlossen werden soll. Der Berichterstatter der „Keramarbeiterzeitung“ kann es nicht übers Herz bringen; er muß etwas flunkern. Deshalb schreibt er in seinem Bericht: „Für unseren Verbandsvertreter war hierfür maßgebend, daß die Verbindlichkeitserklärung für den alten abgelaufenen Tarifvertrag bereits ein Jahr bestanden hat, und die Arbeiterschaft und ihre Organisationen nichts getan haben, den tatsächlich damals auch für diesen Betrieb als verbindlich geltenden Reichstarif zur Durchführung zu bringen. Es kommen dort nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Betracht.“ Nun wissen es ja die Leser der „Keramarbeiterzeitung“: Die freigewerkschaftlichen Arbeiter in der Steingutfabrik Witteburg in Farge und ihre Organisationen haben geschlafen. Ja, wenn es auch Christen in diesem Betrieb geben würde, wäre bestimmt alles in Butter und der Reichstarifvertrag in allen seinen Punkten von der Firma anerkannt. Wie es in Wirklichkeit in Farge steht, und was von den Arbeitern und ihren Organisationen dort für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geleistet wurde, wissen ja die Mitglieder des christlichen Verbandes nicht, und dieses Nichtwissen gibt den christlichen Berichtstattern eine schöne Gelegenheit, den freien Gewerkschaften eins auszuwischen. Daß die Arbeiterschaft der Steingutfabrik Witteburg sich tatsächlich energisch für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und auch für die Anerkennung des RTB einsetzte, geht doch schon daraus hervor, daß sich die Firma gezwungen sieht, sich mit dem erwähnten Antrag an das Reichsarbeitsministerium zu wenden. Die offizielle Anerkennung des Reichstarifvertrages durch die Firma und die Durchführung einzelner Punkte desselben war bisher deshalb nicht zu erreichen, weil bei dem Abschluß des RTB in Farge für die Betriebe der in Frage kommenden Gesellschaft ein Betriebsvertrag bestand und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung den Abschlüssen der Mantelverträge und der Lohnabkommen stets sehr spät folgte. Doch das kann ja der Berichterstatter der „Keramarbeiterzeitung“ für sich behalten, für die Mitglieder seines Verbandes eignet sich das nicht. Die müssen, damit sie von der Notwendigkeit, christlich organisiert zu sein, nicht zweifeln, angeflunkert werden. Motto: „Der Zweck heiligt die Mittel“.

## Die Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes für die Hungernden in Rußland.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) schreibt uns:

Nachdem in der zweiten Hälfte Dezember des vorigen Jahres das erste Schiff des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der „Christian Ruß“, mit einer Ladung von rund 1200 Tonnen Lebensmitteln für die Hungerleidenden in Rußland von Hamburg nach Riga ausgefahren war, wurden unermüdet weitere Maßnahmen ergriffen, um sobald wie möglich ein zweites und drittes Schiff auszusenden. Neue, umfangreichere Lebensmittelvorräte wurden eingekauft und aufgestapelt, die Order zum Chartern weiterer Schiffe wurde gegeben.

Der einsetzende Frost hat jedoch die Ausfahrt während der Monate Januar und Februar verhindert. Die Schifffahrt in der Ostsee war durch den schweren Eisgang unmöglich, die Häfen von Petersburg, Riga, Reval, Libau und Windau waren zugefroren. So mußten große Vorräte von Lebens- und Bekleidungsmitteln,

die zur Verschiffung bereitlagen und den IGB in den Stand gesetzt hätten, die Anzahl der 40 000 Kinder im Tschumwaschgebiet, deren Ernährung und Versorgung er übernommen hatte, noch zu erhöhen, wochenlang unverwendet liegen bleiben.

Inzwischen konnte jedoch ein zweites Schiff des IGB, dank der Vorsee der italienischen Arbeiter, am 12. Februar von Genua aus nach dem Schwarzen Meer in See gehen. Die Ladung dieses Schiffes, des „Amilcare Cipriani“, setzte sich wie folgt zusammen: 107 425 Kilogramm Weiz, 64 500 Kilogramm Mais, 83 430 Kilogramm Zwieback, 17 800 Kilogramm Mehl, 14 240 Kilogramm Makkaroni, 48 600 Kilogramm Fleischkonserven, 34 300 Kilogramm kondensierte Milch, 10 000 Kilogramm Zucker, 7175 Kilogramm Marmelade und Schokolade, 5750 Kilogramm Fleischextrakt, 7500 Kilogramm Bohnen, 1800 Kilogramm Kaffee, 3200 Kilogramm Olivenöl, 6150 Kilogramm Seife, 1200 Kilogramm Kerzen, 2267 Kilogramm Medikamente.

Außerdem führte das Schiff kleine Quantitäten Tee, Kakao, Speck, Käse, Fisch usw. mit, sowie 14 250 Kilogramm Bekleidungsmittel, 1725 Kilogramm Schuhzeug und 103 Kilogramm Knöpfe, Nadeln, Garn usw.

Das Gesamtgewicht der Ladung belief sich auf 440 247 Kilogramm im Werte von 3 Millionen Lire oder fast 400 000 holländischen Gulden.

Das Schiff ist nach Noworossisk bestimmt, wo die Ladung gelöscht und nach dem Wolgagebiet weitertransportiert wird.

Sofort, als sich wieder die Möglichkeit bot, einen Hafen der Randstaaten per Schiff zu erreichen, wurde auch die Versendung der Waren nach dem Tschumwaschgebiet wieder aufgenommen.

Am 7. März wurden 325 000 Kilogramm Roggenmehl, das der IGB in Schweden eingekauft hatte, per Dampfer „Egil“ nach dem lettischen Hafen Windau verfrachtet. Dort besorgte der lettische Gewerkschaftsbund die Löschung und am 11. März die Weiterbeförderung in 21 Waggons nach Schihtrany, dem Hauptstapelplatz des IGB im Tschumwaschgebiet.

Am 16. März ging in Hamburg das vierte Lebensmitteltransporterschiff des IGB, der Dampfer „Rorderney“, mit Bestimmung Windau in See. Die Ladung bestand aus 456 272 Kilogramm Roggen, 251 800 Kilogramm Weizenmehl, 23 582½ Kilogramm Speck, 44 000 Kilogramm Zucker, 10 117 Kilogramm Ochsenfett, 40 800 Büchsen kondensierter Milch, 3720 Kilogramm Trockenmilch, 10 000 Kilogramm Haferflocken.

Unverzüglich nach Ankunft des Schiffes in Windau — also bereits vor Erscheinen dieser Zeilen — werden die Lebensmittel gelöscht und ebenfalls nach Schihtrany weitertransportiert.

Insgesamt hat der IGB bis heute nach dem Tschumwaschdistrikt versandt: 925 000 Kilogramm Roggenmehl, 456 272 Kilogramm Roggen, 501 800 Kilogramm Weizenmehl, 94 450 Kilogramm Zucker, 46 843 Kilogramm Speck, 25 745 Kilogramm Schmalz, 10 117 Kilogramm Ochsenfett, 10 000 Kilogramm Margarine, 16 000 Kilogramm Maggipräparate, 31 045 Kilogramm Kakao, 5229 Kilogramm Tee, 29 650 Kilogramm Haferflocken, 10 000 Kilogramm Sago, 3720 Kilogramm Trockenmilch, 69 286 Kilogramm-Büchsen kondensierter Milch.

Inzwischen sind schon für ein 5. Schiff, das wahrscheinlich in der ersten Hälfte April von Hamburg auslaufen wird, die folgenden Lebensmittel angekauft und aufgestapelt: 1 045 000 Kilogramm Roggen, 30 000 Kilogramm Schmalz, 60 000 Kilogramm Zucker, 18 089 Kilogramm Ochsenfett, 7600 Kilogramm Tee, 11 206 Kilogramm Kakao, 10 000 Kilogramm Haferflocken.

Außerdem sind folgende Vorräte gekauft und werden bei nächster günstiger Gelegenheit nach Rußland befördert und dort zur Verteilung gebracht werden: 18 405 Männerjaden und -mäntel, 20 000 Männermützen, 3511 Frauenmäntel, 10 600 Paar Männerjoden und außerdem eine große Menge Kinderzeug im Gesamtgewicht von 38 670 Kilogramm, die im Auftrag des Gewerkschaftsbundes in der Tschecho-slowakei angefertigt und gekauft wurden.

Da jetzt in erster Linie Bekleidungsmittel nach Rußland gesendet werden müssen, so da es bei dem trostlosen Zustand der Bekleidungsmittel in Rußland noch einmal möglich ist, die erforderlichen, bereits vorhandenen Bekleidungsmittel zeitig an ihren Bestimmungsort zu bringen, so ist die Verschiffung der zur Verfügung stehenden Bekleidungsmittel vorrangig zurückgestellt werden.

Der Prof. Kanten für seine Hilfsaktion zwei Posten Arzneimittel im Werte von 50 000 und 16 000 holländischen Gulden zum Geschenk gemacht. Ein dritter Posten Medikamente im Werte von 30 000 holländischen Gulden wurde durch den IGB direkt nach Georgien für die dortigen notleidenden Hospitäler verschickt.

Der Gesamtwert aller bisher vom IGB für die Hungerleidenden in Rußland angekauften und zur Verfügung gestellten

Lebens- und Bekleidungsmittel, sowie Medikamente beträgt rund 1 200 000 holländische Gulden.

Diese Zahlen über die bisherige Tätigkeit des IGB für die Hungerleidenden in Rußland bilden die beste Antwort auf alle jene Verleumdungen und Verdächtigungen, die von bolschewistischer Seite gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung verbreitet werden.

## Die Bedeutung des Esperanto für die Arbeiterschaft.

Von Dr. Immanuel Dewy.

„Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!“ Mit diesem Wappenspruch wies Marx vor etwa 70 Jahren auf die Bedeutung der Völkerverbindung für den proletarischen Befreiungskampf hin. Ein wirkliches engeres Zusammenarbeiten der verschiedensprachigen Arbeiter, ein persönliches Sichkennenlernen der Massen, ein unmittelbarer Gedankenaustausch, ein planmäßiges Bekanntwerden mit den gewerkschaftlichen, politischen, genossenschaftlichen und Bildungseinrichtungen anderer Länder wird durch nichts mehr erleichtert und gefördert, als durch eine internationale Verkehrssprache.

Glücklicherweise besitzen wir bereits im Esperanto ein Verständigungsmittel, das sich auf 19 Weltmessen und 13 Weltkongressen als internationale Verhandlungssprache praktisch bewährt hat. Esperanto hat eine Reihe von Vorzügen, die es so recht zu einer demokratischen Weltssprache geeignet machen. Es ist leicht zu lesen, auszusprechen und zu schreiben. Es hat nicht wie das Englische und Französische eine Reihe von Buchstaben, die manchmal so, manchmal anders, manchmal gar nicht gesprochen werden. Jeder Buchstabe bezeichnet im Esperanto nur einen Laut und jeder Laut wird durch einen Buchstaben wiedergegeben. Schwer sprechbare Laute wie die französischen Nasenlaute oder das englische th (ein Laut zwischen t und s) kennt es nicht; es hat nur Laute, die jede Zunge sich leicht einprägen kann. Genial einfach ist die Grammatik. Dr. Samenhof, dem Schöpfer des Esperanto (1859—1917), ist es durch jahrelange unermüdete Versuche gelungen, aus der Grammatik all das auszuschneiden, was nicht zum klaren Verstehen nötig, sondern nur Belastung des Gedächtnisses ist. Esperanto kennt nicht drei Geschlechtswörter wie das Deutsche, nicht zwei wie das Französische, sondern nur eins wie das Englische. Die Bildung der Mehrzahl, des 4. Falles, der Zeitform, der Vergangenheit, des Eigenschafts- und Umstandswortes erfolgen stets durch eine und dieselbe Endung. Man braucht also nicht für die verschiedenen Zeitwörter die dazu gehörigen Vergangenheitsformen besonders zu lernen, wie im Englischen, Französischen und Deutschen (z. B. gebe, gab, gegeben; rufe, rief, gerufen; liebe, lobte, gelobt). Auch der Wortschatz ist erheblich leichter einzuprägen als der anderer Kultursprachen. Er enthält nicht bloß alle bereits internationalen Wörter in der lateinisch-deutschen Form (z. B. Natur, Kultur, Direktor, Januar), sondern neben einem reichen romanischen Sprachgut einen großen Prozentsatz Wörter germanischer Herkunft. Ferner ist die Wortbildung dadurch vereinfacht, daß gleiche Beziehungen durch gleiche Anhängesilben ausgedrückt werden. So wird jede weibliche Person durch „in“ wiedergegeben, jeder Beruf durch „ist“ (vgl. Artist, Journalist), jedes Gegenteil durch „mal“, jede Verkleinerung durch „et“ u. ä. In den Nationalsprachen hat man oft dafür besondere Wortstämme, z. B. Vater, Mutter, Sohn, Tochter; aber Lehrer, Lehrerin; oder dick, dünn, groß, klein; aber sauber, unsauber u. ä.

Infolge der zahlreichen Unregelmäßigkeiten und Ausnahmen kostet das Erlernen einer Nationalsprache so viel Zeit und Mühe, daß man sich bisher nicht entschließen konnte, eine dieser Sprachen allgemein in die Volksschulen einzuführen. Das Esperanto ist in etwa fünfmal so kurzer Zeit auch von sprachlich Unbegabten zu erlernen, so daß dieser Unterricht ohne Schwierigkeit in allen Schulen eingeführt werden kann. In den Volksschulen Mailands z. B. haben von etwa 2000 in Esperanto unterrichteten Schülern 1800 die Schulprüfung gut bestanden. Während die nationalen Fremdsprachen nur für eine über viel Zeit und Mittel verfügende oder besonders sprachlich interessierte kleine Oberschicht in Frage kommen, ist Esperanto eine auch den Massen zugängliche Weltssprache. Da jedes Arbeiterkind ohne allzu großen Müheaufwand diese Sprache lesen, schreiben und sprechen lernen kann, so sind die Arbeiter nicht mehr auf ihre Führer, Dolmetscher oder Übersetzer angewiesen, sondern können in unmittelbarem Verkehr mit dem Ausland treten.

Ein anderer Vorzug des Esperanto ist seine politische Neutralität. Da es keines Volkes Muttersprache ist, gibt es keiner Sprachgemeinschaft einen ungebührlichen Vorrang. Würde eine Nationalsprache ein Weltmonopol erhalten, so würden sie in ihr geschriebene Literatur und Presse dieser Nation einen künstlich so sehr gesteigerten Einfluß in der Beherrschung der Weltwirtschaft

Weltkultur geben, daß die Gefahr einer politischen Weltherrschaft dieses Volkes unvermeidlich würde. Da andere Völker nicht im Schatten eines übermächtigen Herrenvolkes leben wollen, so würde diese nationale Weltsprache die Völker entzweien, statt sie zu verbinden.

Die Leichtlerlernbarkeit und Neutralität haben dem Esperanto dem großen Erfolg verholfen. Nicht bloß viele bedeutende Handelskammern, Ingenieurgewerkschaften, wissenschaftliche Verbände und Regierungen haben sich für die Förderung dieser Sprache eingesetzt; auch der Völkerbund hat in seiner letzten Tagung auf Antrag von 13 Nationen beschlossen, die Eignung des Esperanto als amtliche Verhandlungssprache und seine Einführung in die Schulen zu prüfen. Das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes hat sich auf Antrag der Franzosen und Japaner gleichfalls für die Förderung des Esperanto ausgesprochen.

Ein Teil der Arbeiterschaft hat die Bedeutung der Sache bereits erkannt. Überall in der Welt entstehen Arbeiteresperantogruppen. In Deutschland sind sie gegenwärtig im Deutschen Arbeiter-Esperantistenbund zusammengeschlossen, der jedem Mitglied die im 7. Jahrgang stehende Esperanto-Monatschrift „Der Arbeiteresperantist“ (Sannover, Aternstr. 36) verabsolgt und seinen 4. Bundestag vom 14. bis 17. April in Düsseldorf erhält. Jüngst hat sich eine Arbeiter-Esperantisten-Internationale gebildet (Sennecieca Asocio Tutmonda), die vor allem das Esperanto dem proletarischen Befreiungskampf dienstbar machen will. Einer ihrer Wortführer ist der hervorragende französische Schriftsteller Henri Barbusse.

Gerade für die Arbeiter aller Länder ist das Erlernen dieser leichtfaßlichen Weltverkehrssprache von großer Bedeutung. Bisher war es den herrschenden Klassen aller Nationen gelungen, durch die von ihnen eingerichteten Schulen die Köpfe und Herzen der breiten Volksschichten mit einer Abneigung gegen fremde Nationen zu erfüllen. Erschien den Herrschenden zur Ablenkung von sozialen Missständen die Entfesselung eines Krieges erwünscht, so wurden diese völkischen Hassinstinkte künstlich gesteigert. Hilflos waren die arbeitenden Schichten dieser Völkerverheerung ausgeliefert. Sehr viele konnten sich nicht dem entziehen, was ihnen ein „vaterländischer“ Unterricht von den schlechten Eigenschaften anderer Völker vorzählt oder vorgesungen hatte. Sie hatten nicht die Möglichkeit einer persönlichen Nachprüfung dieser Vorurteile. Esperanto befreit von dieser nationalen Absperrung. Wer Esperanto gelernt hat, kann schon heute mit Kameraden aller Länder schriftlich verkehren und sich ein zuverlässiges Bild von fremden Wesen und ihren Einrichtungen machen. Esperanto wird damit zu einer neuen Waffe im proletarischen Befreiungskampfe, neben Gewerkschaft, Partei, Genossenschaft und Bildungspflege.

**Aus unserem Beruf.**

**Hennigsdorf.** Kollegen, die in der Porzellanfabrik Hennigsdorf in Arbeit treten wollen, tun gut, sich zuvor über die Verhältnisse am Ort und im Betrieb bei dem Kollegen Alfred Andrich, Hennigsdorf (Osthavelland), Rathenaustr. 4, zu erkundigen.

**Königszell.** In einem längeren Bericht aus Königszell, den wir wegen Raumangel nicht veröffentlichen können, wird auf das recht sonderliche Verhalten des Obermalers Himmel den Malern gegenüber hingewiesen. Er versucht, ohne Berechtigung die Leistungen der Male herabzuwürdigen. Herr Himmel selbst findet es nicht für nötig, beim Betreten der Malerei zu grüßen, aber begrüßt zu werden verlangt er.

Auch über das Verhalten des Oberdrehers F., besonders jungen Arbeiterinnen gegenüber, wird geklagt. Er soll diesen gegenüber öfters unsittliche Redensarten gebrauchen und Mädchen, die dafür kein Verständnis zeigen, schikanieren.

Wir gestatten uns, dazu zu bemerken, daß die Kollegen in Königszell von der Betriebsleitung verlangen können, daß die Vorgesetzten in diesem Betriebe die unter gebildeten Menschen gültigen Regeln des Anstandes und der guten Sitten auch den Arbeitern gegenüber zu beachten haben. Ist die Betriebsleitung nicht in der Lage, ihre Beamten entsprechend zu beeinflussen, dann muß sich die Arbeiterschaft mit ihr geeigneten Mitteln gegen diese Sonderlichkeiten der Beamten wehren.

**Vermischtes.**

**Die Versorgung der Altrentner.** Das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 gilt bekanntlich nur für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Die Versorgungsansprüche der übrigen Personen, die vor dem 1. August 1914 als Beschädigte oder Hinterbliebene Anspruch auf Militärversorgung erworben haben, werden durch das Altrentnergesetz geregelt. Dieses gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1921; seine Anwendung soll jetzt allge-

mein erfolgen. Die auf Grund der früheren Militärversorgungsgesetze festgesetzten Renten werden durch die Versorgungsbehörden nach dem Altrentnergesetz, das die Bezüge der Altrentner den nach dem Reichsversorgungsgesetz zustehenden anpaßt, unanerkannt. Mit der Durchführung des Gesetzes sind vom Reichsarbeitsministerium beauftragt worden: a) die Hauptversorgungsämter hinsichtlich der Hinterbliebenen, b) die Versorgungsämter hinsichtlich aller übrigen Versorgungsberechtigten. Bei der Umanerkennung wird darauf Bedacht genommen, daß die Bedürftigen zuerst in den Besitz der erhöhten Bezüge gelangen. Da die Umanerkennungsarbeiten jedoch eine längere Zeit erfordern, ist angeordnet worden, daß den Witwen und Waisen der Unterklassen, die sich zum Teil in großer Notlage befinden, mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 laufende Zuschüsse gewährt werden. Für die Vorschußzahlungen kommen nur solche Witwen und Waisen in Betracht, deren steuerbares Jahreseinkommen den Betrag von 8200 M. jährlich nicht übersteigt. Sie erhalten vom zuständigen Hauptversorgungsamt einen Vordruck zu einer Erklärung zugesandt, in der sie über die Höhe ihres Einkommens genaue Angaben machen müssen und anerkennen, daß die ab 1. Oktober 1921 zur Auszahlung kommenden Bezüge Abschlagszahlungen auf die nach dem Altrentnergesetz im Vorschußwege zustehenden Bezüge sind. Die Höhe der den Altrentnern ab 1. Oktober 1921 zustehenden Bezüge ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Ortsklasse	Witwen unter 50 Jahren M.	Witwen über 50 Jahre M.	Halbwaisen M.	Vollwaisen M.
A	150,55	250,80	75,30	125,55
B	144,80	241,35	72,60	120,85
C	133,65	222,75	66,85	111,40
D	122,55	204,20	61,45	102,30
E	111,40	185,65	55,70	92,85

Das sind die niedrigsten, nach dem Altrentnergesetz zustehenden Sätze; stehen höhere Gebührrisse zu, so wird der Unterschiedsbetrag bei der endgültigen Umanerkennung nachgezahlt.

Die Ausführungsbestimmungen zum Altrentnergesetz sind jetzt erschienen. Ueber diese und alle anderen mit dem Altrentnergesetz zusammenhängenden Fragen geben neben den amtlichen Stellen die Ortsgruppen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen Auskunft.

**Die Umanerkennung der Renten der Kriegsbeschädigten.** Die Renten der Kriegsbeschädigten müssen, soweit sie nach den alten Versorgungsgesetzen festgestellt sind, nach den Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes neu festgestellt werden. Die große Anzahl der dadurch notwendig werdenden neuen Rentenbescheide, andererseits aber auch die frühere unzulängliche Organisation bei den Versorgungsbehörden hat es mit sich gebracht, daß in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen außerordentlich stark über das langsame Fortschreiten der Umanerkennung geklagt wird. Es kann aber festgestellt werden, daß in der letzten Zeit eine Besserung eingetreten ist. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hatte im Sommer 1921 beim Reichsarbeitsministerium den Antrag gestellt, mit der Umanerkennung der Rente nicht nur die Hauptversorgungsämter, sondern auch die Versorgungsämter, die den Hauptversorgungsämtern unterstehen, zu beauftragen. Diesem Wunsche hat das Reichsarbeitsministerium nach vorausgegangenem Verhandlungen Rechnung getragen. Bis zum Beginn des kommenden Jahres soll die Uebertragung der Umanerkennungsarbeiten für Beschädigte auf die Versorgungsämter durchgeführt sein. Durch die Uebertragung läßt sich jetzt schon eine erhebliche Besserung feststellen. So ist seit Juni eine Steigerung der Umanerkennungen um 140 Proz. eingetreten. Durchschnittlich ist monatlich mit einer Steigerung von 25 Proz. zu rechnen. Dadurch, daß die Versorgungsämter mehr Bescheide hinausgehen lassen, reicht der ursprüngliche Apparat der Pensionsregelungs-Abteilungen, denen die Zahlbarmachung der Rente obliegt, nicht mehr aus, um die Mehrarbeit bewältigen zu können. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat rechtzeitig auf die zu erwartende Stodung hingewiesen. Nunmehr soll durch Abgabe von Beamten und Angestellten der Feststellungsbehörden an die Regelungs-Abteilungen Verzögerungen der Zahlbarmachung der neuen Rente und der Nachzahlung gesteuert werden.

**Gesundheitsfürsorge für Kriegerhinterbliebene und Familien Kriegsbeschädigter.** Das Reichsversorgungsgesetz gewährt den Kriegerhinterbliebenen und Familien Kriegsbeschädigter einen gesetzlichen Anspruch auf Heilbehandlung nicht. Im Bedarfsfalle soll jedoch die soziale Fürsorge eintreten. Im Reichsarbeitsministerium ist ein Entwurf für Richtlinien zur Durchführung der Heilbehandlung Kriegerhinterbliebener und Familien Kriegsbeschädigter durch die soziale Fürsorge ausgearbeitet worden. Dieser hat deshalb nicht allgemein die Zustimmung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen gefunden, weil die Ueberweisung

franker Hinterbliebener an die Armenpflege nicht ausgeschlossen sein soll. In der nächsten Sitzung des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge wird voraussichtlich über die Richtlinien Beschluß gefaßt werden. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat dazu den Antrag gestellt, eine Ueberweisung von kranken Kriegerhinterbliebenen und Familien Kriegsbeschädigter an die Armenpflege nicht vorzunehmen. Das soll aber nicht ausschließen, daß Vereinbarungen getroffen werden, durch die die Kommunen verpflichtet werden, ihrerseits zu den entstehenden Kosten einen bestimmten Betrag zuzuschleßen, um die Mittel der sozialen Fürsorge nicht allzusehr zu beschneiden.

**Tuberkulose der Berufe.** In einer lehrreichen Tabelle hat Th. Sommerfeld die Berufe nach dem Anteil an Tuberkulose an der Gesamtsterblichkeit geordnet. Danach kamen auf 1000 Sterbefälle solche an Lungentuberkulose im Berufe der Steinhauer 900, Metallschleifer 739, Kürschner 679, Hutmacher 664, Porzellanarbeiter 591, Metalldreher 521, Glasschleifer 500, Dachdecker 468, Steindrucker und Lithographen 446, allgemeine gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen 421, Gastwirtsangestellte 406, Maurer 382, Glasarbeiter 375, Schlächter 295, Kupferschmiede 279 und Radlerer 160. Es besteht also ein gewaltiger Unterschied zwischen den einzelnen Berufen. Das ist aus der Tabelle mit Deutlichkeit zu erkennen, daß die Tuberkulosesterblichkeit um so größer ist, je mehr die Berufsarbeit eine Staubarbeit bedeutet. So stehen die Steinhauer und Metallschleifer an der Spitze. Die staubfreie Arbeit ist darum eins der wichtigsten Ziele der Arbeitshygiene.

Vom Vorstand der Volksfürsorge, Versicherungsaktiengesellschaft, wird uns mitgeteilt, daß er sich durch Zirkular an die Ortsverwaltungen unserer Organisation gewandt und sie gebeten hat, die Rechnungsstellen bei der Propaganda für das von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete Unternehmen zu unterstützen. Wir schließen uns dieser Bitte an und möchten auch wünschen, daß sich an allen Orten recht viele Kollegen als Mitarbeiter zur Verfügung stellen. — Weitere Auskunft erteilt gern der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5.

**Von den Opfern des Weltkrieges.** Das Thüringer Statistische Amt hat jetzt in einem 82 Seiten starken Heft die Resultate der 1919er Volkszählung bearbeitet. Das gab unserem Genossen A. Hofmann-Saalfeld Veranlassung, das unanfechtbare amtliche Material nach der Seite einer Bearbeitung zu unterziehen, wie groß wohl die Opfer sind, die der Weltkrieg seinem engeren Vaterlande Thüringen geschlagen hat. Und die Ergebnisse, zu denen er kommt, sind ebenso interessant, wie furchtbar. Die Grundlage hierfür bietet die Tatsache, daß die Thüringer Bevölkerung früher sich um durchschnittlich 1,2 Proz. jährlich vermehrte. Da die vorletzte Zählung im Jahre 1910 für das heutige Land Thüringen insgesamt 1 510 538 Bewohner ergab, so hätten danach bei normaler Weiterentwicklung 1919 insgesamt 1 631 338 Einwohner mehr gezählt werden müssen, als 1910. Anstatt dessen aber betrug das Mehr nur 2268 Personen! Der danach festzustellende Verlust, der auf die Wirkungen des Weltkriegsmordens zurückzuführen ist, beträgt demnach also 160 870! So viele Menschen hat also der Krieg an und hinter der Front erschlagen, an Unterernährung zugrunde gehen lassen oder durch Zerstörung der Ehe an der Geburt verhindert! Da Thüringen genau den 40. Teil der Einwohner Deutschlands enthält, so würde dieser Verlust, für ganz Deutschland berechnet, die Ziffer 6 434 800 betragen. Besonders aber ist es das weibliche Geschlecht, dessen Aussichten, sich zu verhehelichen, durch den mäännermordenden Krieg noch viel schlechter geworden sind, als vor dem Kriege. Denn während damals in Thüringen auf 100 Männer 104 Frauen entfielen, ist der Durchschnitt jetzt 100 Männer zu 111 Frauen. Ja, in einigen Gebieten ist das Verhältnis noch schlechter, denn z. B. Neufß zählte auf 100 Männer sogar 116 Frauen! Ein Grund mehr für das weibliche Geschlecht, mit allem Nachdruck — also nicht nur als Mutter — gegen kriegsrische Verwickelungen Stellung zu nehmen.

#### Steuererleichterungen bei Anmeldung Kriegsbeschädigter.

Der Reichs- und der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge schreibt uns:

Außer der im § 2 des Reichsverforgungsgesetzes vorgeseheneu Steuer- und Stempelfreiheit sind den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen beim Erwerb von Grundstücken nachstehende Vergünstigungen eingeräumt worden: I. Sind sie von der Grundsteuer befreit, so sind auch die Grundbesitzer, die im Grundbesitz des § 21, Abs. 1 des Grundsteuergesetzes vom 12. September 1919 und somit nach § 37 dieses Gesetzes von allen Abgaben befreit, welche vor dem 1. Oktober 1919 nach den Vorschriften des Reichsstempelgesetzes, der Landesgesetze und Satzungen der Gemeinden bei Grundstücksübertragungen erhoben worden sind. Da die Ausführungsbestimmungen zum § 21 bisher vom Reichsrat noch nicht erlassen sind, hat das Reichsfinanzministerium angewiesen, einstweilen die Grundsteuer zu

stunden. 2. § 29 des Reichsstempelgesetzes vom 11. August 1919 sieht eine Stempel- und Gebührenfreiheit für alle Geschäfte und Handlungen vor, die zur Durchführung des Siedlungsverfahrens im Sinne dieses Gesetzes dienen.

Die gleichen Vorteile wie zu 2 bietet der § 36 des Reichsheimstättengesetzes vom 16. Mai 1920.

Zu 2 und 3 handelt es sich jedoch nur um sächliche Stempel- und Gebührenfreiheit. Abgesehen davon, sind bei Grundstücksübertragungen jedoch noch persönliche Stempel- und Gerichtsgebühren nach Maßgabe der zuständigen Landesgesetze zu entrichten. Wegen der Niederschlagung dieser Gebühren, soweit Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene in Frage kommen, finden noch Verhandlungen mit den Landesregierungen statt.

### Verfassungsberichte.

**Freiberg i. S.** Auch bei uns muß immer wieder das alte Klagegeschrei über schlechten Versammlungsbefuch angestimmt werden. Die Versammlung ist sich darin einig, daß bei der nächsten Generalversammlung die Verschmelzungsfrage unbedingt zur Debatte stehen muß, überhaupt eine Verschmelzung mit anderen Gewerkschaften herbeigeführt werden muß. Es wurde in der Versammlung das für und Wider über die Verschmelzung besprochen und einstimmig beschloßen, den Antrag einzureichen, die Generalversammlung möge eine Verschmelzung mit anderen Gewerkschaften herbeiführen. — Das letzte Lohnabkommen wurde sehr bemängelt und folgende Resolution gefaßt:

„Die Mitglieder der Zahlstelle Freiberg erheben gegen das letzte Lohnabkommen Protest und erklären es für vollkommen ungenügend und fordern den Hauptvorstand auf, nach Ablauf des Lohnabkommens sofort in neue Verhandlungen zu treten. Der Hauptvorstand möge mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinarbeiten, endlich einmal den jetzigen Verhältnissen entsprechende Löhne festzusetzen.“

Unter „Verschiedenes“ wurde der Kartellbericht entgegengenommen, verschiedene Mängel im Betriebe zur Sprache gebracht, einem arbeitslosen Kollegen eine Unterstützung aus Lokalmitteln zugewiesen, Aufklärung über Beitragsleistung während der Betriebsstilllegung zur Zeit des Eisenbahnerstreiks gegeben und dann noch einige kleine Anfragen erledigt.

**Freital-Botschappel.** Am 22. März hielt unsere Zahlstelle im „Döhlemer Hof“ ihre Mitgliederversammlung ab. Den Kernpunkt des Ganzen bildete die in Mitgliederkreisen zur Gärung übergegangene Unzufriedenheit über unseren Tarif. Kollege Mierschke, Dresden, welcher infolge Verhinderung des Gauleiters, Kollegen Griesbach, anwesend war, gibt in kurzen Umrissen einen Ueberblick über den Gang der letzten Lohnverhandlung. Es geht aus allem klar hervor, daß von vornherein an einer sachlichen Verhandlung den Herren nichts gelegen war, sondern daß ein Schiedsspruch herbeigeführt werden sollte. Eine äußerst lebhafteste Diskussion ließ erkennen, daß die zurzeit geltenden Lohnsätze in keiner Weise den Verhältnissen entsprechen und der Tarif wieder zu kündigen sei. Der Hauptvorstand und mit ihm die Delegierten müssen unbedingt dafür eintreten, daß auch der Arbeiterschaft der Schwindsuchtindustrie die Möglichkeit und das Notwendige zum selbständigen Leben gegeben wird.

In „Betriebsangelegenheiten“ entfaltetete sich hierauf auch eine recht lebhafteste und energische Aussprache, zunächst von Seiten der Malerkollegen, die einen geschaffenen prozentualen Ausgleich bei der seinerzeit erfolgten Festsetzung der Grundlöhne nun als unhaltbaren Zustand erkennen. Auch die Zeitlohnarbeiter wollen eine Regelung ihrer Lohnsätze unter Bewertung der Leistungen herbeigeführt wissen. Branchenversammlungen sollen entsprechende Beschlüsse fassen, welche dem Betriebsrat zur Weitervermittlung an die Firma übergeben werden.

Unter „Verschiedenes“ wurde die von der Verwaltung in Vorlage gebrachte Liste zur Betriebsratswahl von der Versammlung anerkannt. Eifrig diskutiert wurde über den gestellten Antrag zur Verlegung der Arbeitszeit, so daß Sonnabendmittags 1 Uhr Arbeitsschluß erfolgt. Die Minderheit war für Hochhaltung des Achtstundentages, während sich die Mehrheit für die 48stündige Arbeitswoche einsetzte, die eine Durchbrechung des strikten Achtstundentages bedeutet. Gingen hierbei beide Parteien scharf gegeneinander vor, so waren die Einwände doch interessant, die vorgebracht wurden. In unserer Gegenwart sollte unser Betrieb fast der einzige sein, welcher Sonnabend noch bis 4 Uhr arbeitet, was von einigen Kollegen als Rückstand bezeichnet wurde. Tausende von Betrieben und viele Tausende von Arbeitern haben durch solche Veränderung den Achtstundentag durchbrochen. Das war nach Ansicht anderer Kollegen Grund genug, um auch bei uns dasselbe nachzumachen. Nachdem durch Abstimmung die Mehrheit für Aenderung der Arbeitszeit zugunsten des Sonnabendmittagschluß eingetreten, wurde von der Minderheit Einspruch dagegen erhoben. Es sei nicht Sache der Gewerkschaftsversammlung, sondern einer Betriebsversammlung, einen solchen Beschluß herbeizuführen. Infolge vorgerückter Zeit und anderweitiger Vergeblichkeit des Votals mußte die Versammlung abgebrochen und geschlossen werden.

**Grünstadt-Neuleiningen.** In den außerordentlichen Zahlstellenversammlungen am 22. und 23. März schilderte Gauleiter Jahn, Bonn, die letzten Lohnverhandlungen und anschließend verschiedene Lohnsysteme, so unter anderem die gleitende Lohnskala, die in Deutschland noch wenig erprobt ist. Man sprach sich dahin aus, in Zukunft einen festen Stundenlohnzuschlag zu fordern. Kollege Buch ergänzte die Ausführungen des Gauleiters Jahn durch einen längeren Vortrag. Es wurde eine Resolution angenommen. Der Hauptvorstand soll aufgefordert werden, keine Schiedssprüche mehr anzunehmen mit Prozesskosten, sondern es soll ein fester Stundenlohnzuschlag für alle Arbeiter ohne Unterschied gefordert werden. Dieses sei das einzige Mittel, um einigermaßen einen Ausgleich für die Verteuerung herzustellen. Nach Erledigung verschiedener lokaler Angelegenheiten für den Neuleiningener, sowie für den Grünstadter Betrieb folgte Schluß der Versammlung.

## Literarisches.

**Betriebsrätegesetz und Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbe-**  
Genosse Clemens Körpel, Sekretär der Reichsbetriebs-  
zentrale, hat eine 56 Seiten starke Broschüre geschrieben mit dem  
Titel, die eine reiche Sammlung von Entscheidungen der Schlich-  
tungsausschüsse und Demobilisierungskommissare, Urteilen von Ge-  
werbe- und Kaufmannsgerichten, Landgerichten, Ministerialentschei-  
dungen u. a. mehr darstellt, die für jeden Gewerbe- oder Kaufmanns-  
gerichtsbeisitzer unentbehrlich ist, falls er jederzeit schlagfertig in die  
Schlichtung eingreifen will. Für Schlichtungsausschüsse, Richter,  
Anwälte und Organisationsvertreter vor Schlichtungsausschüssen  
wie vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ist die Kenntnis dieser  
Sammlung von Entscheidungen von großer Wichtigkeit. Der Stoff ist  
übersichtlich geordnet und mit einem Schlagwortregister versehen,  
durch ein Auffinden der zu behandelnden Materie sehr erleichtert  
wird. Die Broschüre kann durch alle Parteibuchhandlungen, Buch-  
handlungen, durch die Ortsausschüsse des ADGB oder direkt vom Ver-  
lag bezogen werden. Sie kostet im Buchhandel 9 Mk. Gewerkschafts-  
mitglieder erhalten sie zu Vorzugspreisen durch ihre Organisationen.

**„Im Dienste der Entente.“** Durch das Strafgericht, das Hans  
Delbrück in seiner Schrift: „Ludendorffs Selbstporträt“ an dem Dr.  
Kassator der deutschen Niederlage vollzogen hat, ist die Aufmerksamkeit  
der deutschen Leser wieder auf den französischen Geheimbericht  
Nr. 7 gerichtet worden, der unsere Alldeutschen förmlich als Bundes-  
genossen der Entente begrüßt. Vor kurzer Zeit hat nun Genosse Reil  
diesen Bericht in einer selbständigen, den alldeutschen Landesverrat tag-  
lich behandelnden Bearbeitung unter dem Titel: „Im Dienste der  
Entente“ im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68  
(Preis 3 Mk.), herausgegeben. Delbrück schreibt über den französischen  
Geheimbericht: „Millionenfach sollte dieses Schriftstück im deutschen  
Volke verbreitet werden.“ Wohl, Genossen, sorgt für die massen-  
hafte Verbreitung der Schrift Reils.

## Quittung.

In der Zeit vom 1. Juli bis einschl. 30. September 1921 sandten ein:

Altenkumbstadt 1261,90; Althalbdenleben 21 000,—; Amberg  
1460,70; Annaburg 13 000,—; Arnstadt 500,—; Arzberg 18 000,—;  
Auma 2000,—; Bayreuth 4500,—; Berlin 18 000,—; Blankenhain  
1100,—; Bonn 14 000,—; Brattendorf 8300,—; Breslau 3000,—;  
Burgau 290,—; Coburg 22 000,—; Colbitz 24 900,—; Dresden 60 000,—;  
Duisdorf 1500,—; Düsseldorf 500,—; Eisenach 100,—; Eisenberg  
2000,—; Elberfeld 1000,—; Elmshorn 8000,—; Elsterwerda 5000,—;  
Farge 2500,—; Flörsheim 4000,—; Frankfurt a. M. 500,—; Frank-  
furt a. O. 7400,—; Fraureuth 10 000,—; Freiberg i. Sa. 11 000,—;  
Freital-Pötschappel 2500,—; Fürstenberg a. W. 3500,—; Geringwalde  
1000,—; Gerswinden 3000,—; Goldlauter 1200,—; Greußen 552,50;  
Grünhain 2150,—; Grünstadt 4092,25; Hausen 600,—; Hennigsdorf  
1000,—; Hermisdorf 12 000,—; Hirschau 1000,—; Hochstadt 2578,80;  
Höchstädt 2000,—; Hohenberg 5595,65; Hornberg 3800,78; Ilmenau  
20 000,—; Jecha 4700,—; Kahla 6000,—; Karlsruhe 1500,—; Raghütte  
1088,20; Kirchenlamitz 1691,15; Kleindembach 1500,—; Kloster-Weiß-  
dorf 11 000,—; Köln 2000,—; Königszelt 9000,—; König 4156,40;  
Köppelsdorf 35 708,10; Kronach 13 000,—; Krummenaab 2985,77; Krips  
3000,—; Laasdorf 1200,—; Lamspringe 139,55; Lauf 500,—; Lettin  
1500,—; Liegnitz 354,82; Ludwigsb. 1400,—; Mäbendorf 2000,—;  
Magdeburg 13 500,—; Mannheim 2000,—; Margarethenhütte 6000,—;  
Marktleuthen 5000,—; Marktredwitz 17 600,—; Mengersgereuth  
1000,—; Meuselbach 600,—; Meuselwitz 6615,—; Mitterteich 5000,—;  
Muschendorf 5000,—; Neuhaldensleben 20 000,—; Nossen 12,60; Nürn-  
berg 553,60; Oberk. 3000,—; Oelsnitz 500,—; Ohrdruf 4000,—;  
Ost 102,—; Oschatz 1400,—; Passau 1500,—; Peterwitz 500,—; Plan-  
schammer 1450,—; Plaue 6700,—; Pöckel 1000,—; Pressig 1731,—;  
Raitingen 2750,—; Rauenstein 7000,—; Regensburg 406,—; Rehau  
1000,—; Reichenbach 2900,—; Rheinsberg 6000,—; Rodach 9228,60;  
Röschütz 2700,—; Rößlau 10 000,—; Rößlau 7500,—; Sankt-Georgen  
1050,—; Schanberg 1500,—; Scheibe 2447,76; Schirnding 6500,—;  
Schlierbach 17 128,44; Schmiedeberg 8000,—; Schney 1800,—; Schön-  
wald 14 000,—; Schornsdorf 2300,—; Schramberg 3000,—; Schwarzen-  
bach 5100,—; Selb 5000,—; Selb-Blößberg 5000,—; Sophienau  
1500,—; Spandau 3200,—; Stadtilm 1000,—; Stadtlengsfeld 5800,—;  
Staffel 1735,58; Stanowitz 6500,—; Steinbach 795,13; Steinwiesen  
150,—; Suhl 3000,—; Teltow 4400,—; Tettau 8000,—; Tiefenfurt  
10 000,—; Tillowitz 5500,—; Tirschenreuth 7000,—; Triptis 5459,60;  
Uhlstädt 1849,35 Mk., Unterköb. 700,—; Bohenstrauß 2000,—; Vor-  
damm 11 000,—; Waldburg 40 000,—; Walderhof 2500,—; Walb-  
schaffen 10 000,—; Wallhausen 3500,—; Weiden 23 000,—; Weiskwasser  
1000,—; Wesel 2100,—; Windisch-Eschenbach 1863,80; Wittenberg  
1000,—; Wunsiedel 3200,—; Zell 5000,—; Zwickau 5275,—; Finsterer-  
Lobenhagen 20,—; Geier-Höchstädt 52,—; Haupt-Dresden 200,—;  
Kassmann-Ilmenau 21,45; Jecha-Wahren 18,—; Löhlein-Langenthal  
(Sachsen) 20,—; Martin-Rudolstadt 15,—; Michelson-Berlin 212,—;  
Postabonnenten 1350,—; Richter-Dreihunten (Böhmen) 13,50; Sad-  
Schwarzenbach 84,—; Seehof & Co., Berlin, 24,—; Seifert-Zwickau  
10,—; Theimer-Langwiesen 70,—; Zippert-Münster 10,— Mk.  
Summe 885 428,98 Mk.

In der Zeit vom 1. Oktober bis einschl. 31. Dezember 1921 sandten ein:

Althalbdenleben 83 000,—; Amberg 1000,—; Annaburg 30 000,—;  
Arnstadt 600,—; Arzberg 62 000,—; Auma 7000,—; Berlin 23 000,—;  
Blankenhain 5000,—; Brattendorf 12 000,—; Breslau 5000,—; Burgau  
1000,—; Cassel 1000,—; Coburg 27 000,—; Colbitz 59 500,—; Dresden  
10 000,—; Düsseldorf 1000,—; Eisenberg 18 000,—; Elberfeld 1000,—;  
Elmshorn 6000,—; Elsterwerda 17 000,—; Farge 5500,—; Flörsheim  
1000,—; Frankfurt a. O. 20 600,—; Fraureuth 36 000,—; Freiberg i. S.  
1000,—; Freital-Pötschappel 11 000,—; Fürstenberg a. W. 23 950,—;  
Goldlauter 3300,—; Gotha 4000,—; Gräfenhain 45 000,—; Grünhain  
1000,—; Grünstadt 6403,63; Hausen 300,—; Hennigsdorf 13 500,—;  
Hermisdorf 45 000,—; Hirschau 4000,—; Hochstadt 4173,—; Höchstädt  
1000,—; Hohenberg 12 600,—; Hornberg 7047,90; Raghütte 7000,—;  
Kloster-Weißdorf 10 000,—; Köln 5500,—; Königszelt 21 500,—; König

2500,—; Köppelsdorf 65 505,—; Kronach 78 000,—; Krips 6800,—;  
Lamspringe 639,40; Lauf 1000,—; Leipzig 3000,—; Lettin 3500,—;  
Liegnitz 405,20; Lübeck 3429,78; Mäbendorf 5000,—; Magdeburg  
33 000,—; Mainleuz 1000,—; Margarethenhütte 26 000,—; Markt-  
redwitz 33 000,—; Meuselbach 3000,—; Meuselwitz 18 725,—; Mitterteich  
13 000,—; Mühlacker 1700,—; Mühlhausen 1075,95; München 10 000,—;  
Muscheln 1383,25; Naila 1315,80; Neuhaldensleben 80 000,—; Nürn-  
berg 365,45; Oberk. 10 000,—; Oelsnitz 1100,—; Oisenburg 850,—;  
Ost 111,70; Oschatz 1900,—; Passau 5000,—; Plaue 17 500,—; Pöck-  
el 6000,—; Pressig 2799,—; Raitingen 2500,—; Rehau 30 000,—;  
Reichenbach 8000,—; Röschütz 8700,—; Rößlau 12 000,—; Rudolstadt  
57 500,—; Scheibe 4010,—; Schirnding 12 500,—; Schlierbach 43 400,—;  
Schmiedeberg 33 000,—; Schney 1800,—; Schönwald 38 000,—; Schorn-  
sdorf 7700,—; Schramberg 7000,—; Schweidnitz 5790,29; Selb  
175 000,—; Eisenberg 8000,—; Sophienau 12 000,—; Sophienthal  
1672,90; Spandau 8500,—; Stadtilm 2500,—; Stadtlengsfeld 20 000,—;  
Stanowitz 8500,—; Steinwiesen 652,—; Teltow 6000,—; Tettau  
11 200,—; Tiefenfurt 22 000,—; Tillowitz 17 000,—; Tirschenreuth  
6000,—; Uhlstädt 3000,—; Unterköb. 2500,—; Velken 7000,—; Bohen-  
strauß 3000,—; Vordamm 20 500,—; Waldb. 25 300,—; Wallhausen  
13 000,—; Weiden 27 000,—; Weiskwasser 2000,—; Windisch-Eschenbach  
6266,40; Wittenberg 15 000,—; Wunsiedel 2000,—; Zell 2800,—; Apel-  
Ilmenau 775,—; Bredow-Marktredwitz 9,—; Buschlinger-Berlin 4,—;  
Geyer-Selb 90,—; Goerz-Breslau 5,40; Herzog-Schweidnitz 47,—;  
Köppler-Bitterfeld 29,—; Langhammer-Wilkau 175,—; Lau-Charlotten-  
burg 5,14; Mehlhorn-Soboken, Amerika, 6714,65; Michelson-Berlin  
106,—; Postabonnenten 1332,—; Richter-Dreihunten-Böhmen 44,45;  
Rottmann-Stadtilm 100,—; Sad-Schwarzenbach 84,—; Seehof & Co.,  
Berlin, 24,—; Seifert-Zwickau 300,—; Verband der Lithographen und  
Steindrucker 146,50; Verband der Maschinisten und Heizer 145,—;  
Verband der Transportarbeiter 293,—; Windergerst-Saargemünd  
12,—; Zentralfranken- und Sterbefälle Meissen 60,— Mk. Summa  
2 014 613,94 Mk.

## Quittung.

Für unsere kranken Mitglieder Muth und Will gingen ein:

Althalbdenleben 50,—; Auma 50,—; Arzberg 50,—; Arnstadt  
20,—; Bonn 60,—; Goschwitz 20,—; Elsterwerda 40,—; Elberfeld  
40,—; Hermisdorf 40,—; Köppelsdorf 40,—; Klein-Waldb. 20,—;  
Krummenaab 15,—; Königszelt 40,—; Limbach 50,—; Meuselwitz  
40,—; Mannheim 10,—; Neuhaldensleben 40,—; Oberk. 30,—;  
Pösteritz 20,—; Rößlau 30,—; Sonderhausen 20,—; Schwarzenbach  
20,—; Suhl 30,—; Tiefenfurt 40,—; Vordamm 20,—; Waldb. 15,—;  
Walderhof 15,—; Laasdorf 10,—; Lettin 20,—; Teltow 80,—;  
Selb-Blößberg 50,—; Kahla 20,—; Grünstadt-Neuleiningen 40,—;  
Staffel 110,— Mk. Summa 1200,— Mk.

Allen Gebern besten Dank; die Sammlung ist geschlossen.  
Zahlstelle Staffel. Eichmann, Kassierer.

## Adressen-Änderungen.

**Brambach.** Kassierer: Willy Wunderlich, Ziegelgasse 115. Re-  
visor: Walter Uhl, Fenzelgasse 13.  
**Darmstadt.** Vorsitzender: Hermann Weber, Dreher, Weinberg-  
straße 50, 3 Tr. Kassierer: Franz Fink, Brennhausarbeiter, Röh-  
dörferstr. 46.  
**Düsseldorf.** Vorsitzender: Alexander Ewald, Maler, Brücken-  
straße 27. Kassierer: Paul Heesen, Maler, Gerresheimerstr. 82.  
Schriftführer: Richard Schönpflug, Maler, Friedrichstr. 146. Revisor:  
Jaspers, Maler.  
**Hirschau.** Kassierer: Josef Stubenboll, Dreher, 141. Revisoren:  
Georg Lederer, Brenner, 120; Georg Wächter, Schlemmer, 62; Jo-  
hann Bauer, Schlemmer, 271.  
**Mühlacker.** Schriftführer: Herm. Haverland, Maler, Weiher-  
straße.

## Achtung, Schirnding!

Ich mache hiermit die Mitglieder darauf aufmerksam, den § 14,  
Ziffer 3 des Verbandsstatuts zu beachten und diese Bestimmung ein-  
zuhalten. Die Auszahlung der Erwerbslosen- und Krankenunter-  
stützungen findet vom 1. April ab nur am Samstag von 12 bis 2  
Uhr statt.  
Auch ersuche ich diejenigen Mitglieder, die mit Extrabeiträgen  
noch im Rückstande sind, diese ungefäumt zu bezahlen.  
Der Zahlstellenkassierer: Karl Bauer.

## Sterbetafel.

**Althalbdenleben.** Hermann Fack, Dreher, geboren  
am 24. Dezember 1848, gestorben am 5. April an Herzschwäche.  
Mitglied seit 1910.  
**Dresden.** Richard Horst, Schmelzer, geboren am  
4. Mai 1874, gestorben am 13. März an Gehirngrippe. Mit-  
glied seit 1906.  
**König.** Ernst Schröder, Maschinenmüller, geboren am  
3. Januar 1866, gestorben am 31. März 1922 an Lungenent-  
zündung.  
**Selb.** Christian Landgraf, Isolatorendrehler, ge-  
boren am 16. Februar 1899 in Blumenthal, freiwillig aus dem  
Leben geschieden am 29. März. Mitglied seit 1918.  
**Vordamm.** August Rohleder, Brenner, geboren am  
16. Oktober 1868 in Springe, gestorben am 26. März an Nieren-  
entzündung. Mitglied seit 1919.  
— Paul Zander, geboren am 18. September 1902 in  
Vordamm, gestorben am 2. April an Gehirnhautentzündung.  
Mitglied seit 1920.  
Ehrendem Andenken!

# Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankirtes Rubert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Tüchtiger, fleißiger, sachkundiger Dreher für Blumenkübel, Kapseln und Teegeschirre sofort gesucht. Lohn nach Tarif.  
Jos. Strauch jr., Terracotta- und Fayencefabrik, Seising (Sachsen).

Einen ledigen Porzellandreher sucht für sofort  
Töpferei Tilledorf b. Bunzlau i. Schles., W. Lorenz.

Mobelleinrichter und Formgießer sucht  
Porzellanfabrik Teltow, G. m. b. H.

Ein Brenner, der im Sehen und Kapselmachen bewandert ist, für sofort gesucht.

Angebote mit Lohnansprüchen sind zu richten an Terracottawerk, G. m. b. H., Speicher, Bezirk Trier.

Tüchtige Dreher, Mobelleinrichter und Formgießer stellt sofort ein  
Keramische Werke, Alfred Rohje, Schmiedeberg, Bez. Halle.

Geschirrdreher oder intelligenter Schalenformer von 19 bis 25 Jahren gesucht von kleiner Fabrik am Thüringer Wald. Bewerber muß gute Arbeit leisten und fähig sein, später die Leitung der Dreherei zu übernehmen. Angebote unter „B. G. 100“ an die Geschäftsstelle des Blattes.

Lebiger Dreher, 22 Jahre alt, noch in fester Stellung, auf Teller und Schalen gut eingearbeitet, sucht sichere Stellung. Offerten unter „G. S. 11“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Gewandter Schriftenmaler für Apotheken- Standgefäße sofort gegen höchsten Akkordlohn gesucht.  
Janke & Kuntel, Köln, Im Sionsthal 29/31.

Zwei tüchtige Unterglasurmalere für Freihandbeleg und ein tüchtiger Unterglasurmalere für Freihand- und Schablonenbeleg werden sofort eingestellt.  
Hirschauer Steingutfabriken, G. & E. Carstens (Werk I) Hirschau bei Amberg.

Perfekte Einbreher für Braugeschirre bei hohem Tageslohn oder Akkord gesucht.  
Sartwig Sehne, Tonwarenfabrik, Thölpeln (D.-L.).

Tüchtiger, gelernter Gießer, mit allen in der Gießerei vorkommenden Arbeiten vertraut, wird als Berggießer von einer Thüringer Porzellanfabrik, Geschirrbauabteilung, per sofort gesucht. Angebote erbeten unter „A. 3“ an die Redaktion der „Ameise“.

Ein tüchtiger, unverheirateter Formgießer (Reichsbentfcher), der an sauberes Arbeiten gewöhnt ist, wird sofort eingestellt. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnissen an Porzellanfabrik  
F. Thomas, Marktreuth i. Bayern.

Langjähriger Brennhausarbeiter, mittlere Jahre, verheiratet, mit allen vorkommenden Brennhausarbeiten vertraut, sucht passende Stellung als Brennhausaufseher.  
Offerten unter „L. M.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger Dreher für großes Hohlgeschirre auf Schubscheibe für sofort gesucht. Lediger wegen Wohnungsmangel bevorzugt.  
Porzellanfabrik Kalk, Eisenberg i. Thür.

Fleißiger, ordentlicher Ueberformer gesucht. Wohnung kann gestellt werden.  
Karl Moritz, Porzellanfabrik, Laubebach Post Wallendorf (G.-M.), Thür.

Tüchtigen Porzellandreher, der speziell auf dünne Becher eingearbeitet ist, stellt sofort ein. Ledige bevorzugt.  
Porzellanfabrik Krüger, Blankenhain i. Thür.

Einen tüchtigen Schmelzer, mit Fürbringer-Muffel bestens vertraut, stellt sofort oder auch später ein. Lediger bevorzugt.  
Anerbieten unter „A. B.“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Von Steingutfabrik ledige Dreher und Gießer zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit erbeten an die Redaktion unter „A. 5“.

Einen Einrichter verlangen  
Steingutfabrik Severin-Bordamer, G. m. b. H. Brien i. d. Mark.

Flotte Dreher für Hohlgeschirre auf Schubscheibe gesucht.  
Meißner Porzellanfabrik, vorm. G. Leichert, Reichen, Sachsen, Neumarkt.

Wir suchen zum baldigen Eintritt in dauernde Beschäftigung tüchtige Dreher für größere Geschirre (Terrinen), welche auch ziehen können.

Einige flotte Maler für Kunst-Ausglasur; einen tüchtigen Formgießer.  
Angebote von ledigen Bewerbern erbeten  
Porzellanfabrik Sch. Scherzer & Co., A.-G. Rehan.

Mehrere Engobemaler oder Malerinnen sucht zu fortigem Eintritt  
Hirschauer Steingutfabrik, Werk II, Hirschau (Oberpfalz).

# Geschäfts-Anzeigen.

## Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen  
Bestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekte.

Hört — leset — staunt  
über die hohen Preise, die ich für Goldschmiere, Lappen, Asche, Zappen und Flaschen zahle. Z. B. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel, Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Alle Sendungen werden sofort erledigt.  
Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.

## Achtung! Achtung! Achtung!

Die billigsten Schuhe für Fabrikarbeiter sind nach wie vor Segelschuh mit Ledersohlen und Zwickeln. Für Turner empfehle ich Turnschuhe mit Stiefel mit Chromlederohle. Weiße Lederschuhe für Damen und Kinder, Lederhandschuhe, Lederhandsalen, Tuch- und Holzpanzertoffel. Sämtliche Lederwaren zu Fabrikpreisen. — Verlangen Sie noch heute kostenlose Preisliste.  
Karl Alege, Schuhverwand und Pantoffelfabrik, Weiskammer, D.-L.

Kaufe goldhaltige Schmiere, Lappen, Asche, Flaschen, Pinsel und Matrücken zum Einschmelzen. Höchste Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen.  
Erich Martin, Rudolstadt, Untere Marktstr. 24/11.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen  
Kurt Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf. Poliergoldflaschen 10 " 25—50 " je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu  
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Matrücken usw. zum Einschmelzen kauft  
W. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, 11.  
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen  
Emil Theimer, Langewiesen b. Ilm, Thür.

Gegr. 1895. Beste Bedien.	<h3>Gold, Platin und Silberabfälle aller Art</h3>  <p>Freihold Sofort, Zwickau i. S., Osterweibstr. 32.</p>	Gold-, Platin-, Silber- preis auf Anfrage
------------------------------------	--	--

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Asche — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen  
Christoph Geier, Höchstädt b. Thiersheim, Oberfranken.

Offerierte hierdurch noch zu Uebergangspreisen für Dreher Prima Bengasi-Rhoccaschwämme, das Stück zu 20, 30, 40, 60, 90 Mk. und höher; Levantiner, Glasur- und Garnierungsschwämme von 6 bis 100 Mk. pro Stück; Elefantenhorn nach Tagespreis; feine, weiche mittlere und große Reiffschwämme, das Pilo 600 und 900 Mk.; handgroße Hartbeabschwämme, mittlere Qualität, für Steingut u. Gießerei das Pilo, zirka 40 Stück enthaltend, 500 Mk.; griechische Bierbeabschwämme, von 5 bis 100 Mk. pro Stück. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten.  
S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin G. 25, Prenzlauerstr. 42.

= 150 Mark =  
für 1 Gramm Feingold; höchste Preise für alle Goldrückstände. Reine Flaschen. Zahle prompt. Reinhold Richter, Volkstedt-Rudolstadt.

Rezepte:  
Die Schwierigkeiten der immer schwerer werdenden Beschaffung von ausländischen metallfreien Mineralien und Erden können durch die von mir zu beziehenden Rezepte, die hier nicht mehr in Frage kommen, behoben werden. Sie eignen sich zu Geschirre-, Luxus- und Latarenmassen, sowie Glasuren, welche den bereits bestehenden Metalllegierungen angepaßt werden.  
Magnus Gerhardt, Messenmüller, Pöhl (G.-M.)  
Margaretenstr. 15, II.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
Redaktion: Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 28/29.